

keine Mehrheit gefunden hatte. Der UFUCH (Unión de Federaciones Universitarias de Chile) wurde unter anderem vorgeworfen, unter dem Schutz des CIA zu arbeiten, eine studentenspalterische Politik zu betreiben und versucht zu haben, den revolutionären Studentenkongreß 1966 in La Habana zu sabotieren (vgl. „Hora Cero“, Mexico, Juni/Juli 1967).

Die internationalen *Studentenunruhen* erhielten in Chile, ganz abgesehen von der lateinamerikanischen Variante der „politischen“ Universität, in der den Studenten in allen Wahlkörperschaften 25 Prozent der Stimmen zusteht, noch einen weiteren Akzent: Vor der „Revolution in Freiheit“ hatten die Absolventen der Rechts-, Sozial- und politischen Wissenschaften mit ihrem Diplom fast automatisch Anspruch auf eine einflußreiche Position in Wirtschaft und Politik. Diese Sicherheit ist durch die rasche Steigerung der Studentenzahl (um fast 40 Prozent in den ersten drei Jahren der Regierung Frei), durch die Anhebung des Niveaus und Umfangs der mittleren Berufslaufbahnen und die Bevorzugung technisch und naturwissenschaftlich gebildeter Fachleute in den entsprechenden Positionen geschwunden.

Gerade die Studenten haben nun mit anderen militanten Gruppen unter Gumucios und Chonchols Führung zum „Endkampf“ geblasen: „Das fundamentale Problem der chilenischen Linken ist heute, die Einheit des Volkes zu schaffen, die Macht zu erobern und sie in den Dienst der Arbeiter zu stellen“, so formulierte Chonchol auf der Gründungsversammlung der MAPU jüngst sein Programm (nach „Noticias Aliadas“, 28. 5. 69). Das Programm dieser revolutionären Anti-Frei-Revolution gleicht aber, soweit es bekannt und verkündet ist, fast wörtlich dem Konzept, unter dem Frei selbst angetreten war. „Die Einheit des Volkes“, so heißt ihr Slogan, „sei das revolutionäre Instrument für den Aufbau einer sozialistischen und kommunitären Gesellschaft in Chile.“ Wie man das konkret zu erreichen gedenkt — darüber schwieg sich die MAPU bisher aus. Die linke Spaltung als

Grundlage der linken Einigung ist kein gutes Omen. Von dem „Schisma“, das zur Zeit quer durch sämtliche chilenischen Linksparteien läuft, die Kommunisten, die Radikalen, die Sozialisten und die Christdemokraten, werden am Ende 1970 die Rechtsliberalen profitieren.

Der Trend in diese Richtung dürfte sich verstärken. Denn was die noch unter Frei Konzept arbeitende PDC dem Volk anzubieten hat, sind die Risiken der Fortsetzung des originär chilenischen Entwicklungsweges. Dieser aber wird das selbstkritische Engagement aller gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gruppierungen und den Verzicht auf überkommene Auslandskonzepte fordern.

Als vordringliche Aufgabe für die Zukunft nennt Frei unter anderem „eine Verfassungsreform, die täglich unumgänglicher wird“. Sie soll darauf abzielen, im Kongreß beschlußfähige Mehrheiten zu schaffen und die Handlungsfreiheit der Regierung zu erweitern. Weiter fordert Frei: „Völlige Neuordnung unserer Rechtsordnung, die den neuen sozialen, wirtschaftlichen und politischen Realitäten unseres Landes nicht mehr entspricht; die Schaffung neuer Formen der Arbeitermitbestimmung in der Wirtschaftspolitik und der Unternehmensführung und lohn- und preisregelnde Räte“.

Chile, so rekapituliert Frei, habe 1964 die falsche Alternative Marxismus oder Kapitalismus verworfen. Diese Ablehnung beruhte auf der Einsicht, daß rein wirtschaftlich-technokratische Entwicklung nicht unmittelbar zu den nötigen sozialen Umwälzungen führt, zu einer neuen Gesellschaft mit neuen Haltungen, Verhaltensweisen und Werturteilen. Der originär chilenische Entwicklungsweg, in dem Staat, Gesellschaft und Privatinitiative unter der Vorherrschaft des Staates als Förderer des Gemeinwohls, der Solidarität und Achtung der Person zusammenwirken sollen, ist eingeleitet worden. Es ist zu fürchten, daß es der ungewollten Zusammenarbeit der Rechten und extremen Linken gelingt, ihn wieder zu vermauern. Sie hätten damit auch eine lateinamerikanische Alternative zwischen Revolution und Evolution verbaut.

Dokumentation

Die Erziehung von Jungen und Mädchen in einer veränderten Welt

Unter dem Titel „Die Erziehung von Jungen und Mädchen in einer veränderten Welt“ wurde innerhalb des Kulturbeirates des Zentralkomitees der deutschen Katholiken ein Dokument erarbeitet, das sich insbesondere mit den Forderungen auseinandersetzt, die sich aus der sich verändernden Berufsstruktur und Rollenverteilung von Mann und Frau in Familie und Berufsleben für die schulische Erziehung ergeben und mit denen sich heute das gesamte Schulsystem einschließlich der Lehrerbildung konfrontiert sieht. Der ursprünglich auf das Thema Koedukation konzentrierte Entwurf wurde im Verlauf der Beratungen stärker auf diese umfassendere und zugleich präzisere Fragestellung ausgedehnt, in der auch die Frage Koedukation oder nicht ziemlich viel von ihrer gewohnten ideologischen Kopflastigkeit verliert und innerhalb katholischen Geschlechter- und Familienverständnis gängige Stereotypen erfrischend unbekümmert abgebaut werden. Das Dokument wurde von einem Ende 1966 eigens für diese Themenstellung vom Kulturbeirat gebildeten

Ausschuß erarbeitet, auf einer gemeinsamen Plenarkonferenz des Kulturbeirates mit dem Katholischen Bildungsrat vom 17./18. April 1969 verabschiedet und vom Geschäftsführenden Ausschuß des Zentralkomitees gutgeheißen. Wir veröffentlichen dieses, gemessen an den üblichen Stellungnahmen zu Bildungsfragen aus dem katholischen Bereich, bemerkenswert originelle Dokument hier im Wortlaut.

Es gehört zu den besonderen Aufgaben der Schule, allen Heranwachsenden jene Hilfen, deren sie zur Verwirklichung ihres Menschseins bedürfen, zu vermitteln, damit sie in der Welt von heute und morgen bestehen können. Angesichts der veränderten Aufgaben von Mann und Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft sind daher Inhalte und Formen der Erziehung vor allem der 10- bis 18jährigen Jungen und Mädchen in den weiterführenden (allgemeinbildenden und berufsbezogenen) Schulen neu zu überdenken.

Da die Erziehung nicht ausschließlich in der Schule geschieht, wird ihre Neuorientierung nur gelingen, wenn die Eltern und die „Miterzieher“ (Lehrbetriebe, Jugendverbände, Massenmedien) für eine entsprechende Mitarbeit gewonnen werden können.

Die veränderte Welt

1.0 Die *Arbeits- und Berufswelt* steht mitten in einem Umwandlungsprozeß, der durch die Begriffe „Technisierung“, „Rationalisierung“ und „Automation“ nur grob gekennzeichnet werden kann. Von diesem Prozeß betroffen sind alle Bereiche der Industrie, Wirtschaft und Verwaltung, ja selbst der Dienstleistungsberufe. Das hat unter anderem zur Folge, daß sowohl die Struktur der Berufswelt als auch die Arbeitsanforderungen und -bedingungen einem ständigen Wandel unterliegen. Neue Berufe und Berufsbereiche werden geschaffen, bisherige werden eingeschränkt, umgewandelt oder aufgegeben. Dementsprechend wird in Zukunft nicht mehr der traditionelle — weitgehend „statische“ — „Lebensberuf“ die Regel sein, sondern der Berufs- und Tätigkeitswechsel¹.

1.1 Zudem zeichnen sich in beinahe allen Bereichen der Arbeits- und Berufswelt tiefgreifende Veränderungen der Anteile von Frauen und Männern an der Gesamtzahl der Beschäftigten ab, nicht zuletzt ausgelöst durch die seit der Nachkriegszeit steigende Zahl erwerbstätiger Frauen. In den Wirtschaftsabteilungen „Land- und Forstwirtschaft“, „Handel“ und „Dienstleistungen“ übersteigt der Anteil der Frauen den der Männer². Hohe Zuwachsraten an weiblichen Erwerbstätigen verzeichnen zwischen 1950 und 1961³ die Berufsgruppen „Elektriker“ (313 %), „Metallerzeuger und -verarbeiter“ (150 %), „Gaststättenberufe“ (130 %), „Kaufmännische Berufe, Verwaltungs- und Büroberufe“ (117 %). Aufschlußreich ist die Tatsache, daß die Frauen — im Gegensatz zu den Verhältnissen in den Ostblockstaaten — auch ohne jeden staatlichen oder gesellschaftlichen Zwang den Zugang zu sogenannten männlichen Berufsgruppen suchen; ihr Anteil betrug 1961⁴ bei den Gruppen „Kunststoffverarbeiter“ 44,7 %, „technische Sonderkräfte“ 31,3 %, „Chemiker“ 26,4 %, „Steinarbeiter, Keramiker, Glasmacher“ 20,7 %, „Elektriker“ 20,3 %, „Metallerzeuger und Metallverarbeiter“ 16,6 %. Innerhalb dieser Gruppen dürften sie jedoch überwiegend im Bereich feinerer Arbeitstechniken (etwa Elektronik, Feinmechanik) beschäftigt sein.

1.2 Obschon mehr als ein Drittel aller Erwerbstätigen Frauen sind, ist ihre Stellung in der Hierarchie des Arbeitslebens wenig befriedigend, die meisten arbeiten in einfachen und mittleren Stellungen — und zwar selbst in solchen Betrieben, in denen ihr Anteil den der Männer übersteigt. Dafür verantwortlich ist eine Vielzahl von Faktoren: die geringere berufliche Vorbildung; der Abbruch der Erwerbstätigkeit in der mittleren Lebensphase; negative Urteile über die Fähigkeiten der Frau; die Unterstellung, eine umfassendere Einarbeitung sei im Hinblick auf ein mögliches Ausscheiden durch Heirat unrentabel; der offene oder versteckte Widerstand bei Einstellung in gehobene Positionen und Beförderungen — und andere mehr. Die gemeinsame Basis bilden häufig sachlich unzutreffende, wenn auch auf Überlieferung beruhende Vorstellungen vom „Wesen“ und Aufgabenbereich des Mannes und der Frau⁵.

1.3 Mit den Wandlungen in der Arbeits- und Berufswelt

haben sich auch die Anforderungen gleichermaßen für Männer und Frauen geändert. Verlangt werden zunehmend geistige, berufliche und räumliche Anpassung an die sich verändernden Bedingungen in der Arbeitswelt, ein erhöhtes Maß an Mitdenken, Mitverantwortung und Selbständigkeit; neben fachlichem Wissen und Können wird auch eine sachgerechte Sicht der Technik, Wirtschaft und Verwaltung vorausgesetzt. In beinahe allen Berufsbereichen und Arbeitsfeldern wird künftig nur noch die qualifizierte Arbeitskraft, die zur ständigen Weiterarbeit willens und fähig ist, die Chance haben, beruflich zu „überleben“, beruflich und damit sozial aufzusteigen⁶.

2.0 Die *Familie* ist vom allgemeinen Umwandlungsprozeß mit betroffen. Die Ursachen dafür sind aber nicht allein in der zunehmenden Erwerbstätigkeit der Frau zu suchen; sie liegen in der geringeren Kinderzahl, in der Technisierung und Automatisierung des Haushalts und der damit eintretenden Entlastung der Frau hinsichtlich der Arbeitskraft und Arbeitszeit; sie liegen auch im Wandel des gesellschaftlichen Bewußtseins, besonders in den sich verändernden Rollenauffassungen von Mann und Frau (Emanzipation, Gleichberechtigung), wonach Mann und Frau in den ihrer Veranlagung und Fähigkeiten gemäßen Bereichen tätig sein und etwas leisten sollen.

2.1 Da diese Veränderungen vor allem die Aufgaben und Rollen der Frau betreffen, lassen sich von hier aus die verschiedenen Familienstrukturen am besten verdeutlichen⁷:

Dem „bürgerlichen“ Familienmodell mit seiner strengen Rollenteilung⁸ entspricht der gesellschaftlich isolierte Hausfrau- und Hausmuttertyp, der eine Berufstätigkeit der Frau außerhalb des Familienbereichs nur in Fällen akuter Notlage oder zur Befriedigung bestimmter Lebensbedürfnisse zuläßt. Wirtschaftliche Existenzsicherung und Wirksamkeit im außerhäuslichen Bereich sind ebenso selbstverständlich Domäne des Mannes wie Haushaltsführung und Kindererziehung Domäne der Frau sind. Heute findet sich dieses Rollenbewußtsein vorwiegend noch bei Arbeiterinnen und Angestellten.

Das „modifizierte bürgerliche“ Familienmodell gesteht der Hausfrau und Mutter neben dem Schwerpunkt im häuslichen Bereich auch eine mehr oder weniger starke Bindung an den Beruf zu. Diese Bindung wächst mit der beruflichen Qualifikation der Frau⁹. Entstehende Rollenkonflikte dürften wegen der Auswirkungen im häuslichen Bereich im allgemeinen zu Entscheidungen gegen eine Berufstätigkeit führen.

Mit dem „partnerschaftlichen“ Familienmodell verbindet sich die sogenannte Doppelrolle der Frau in Familie und Beruf mit ihren hohen Anforderungen an Gesundheit und Leistungskraft. Es läßt sich auf die Dauer nur verwirklichen, wenn auch der Mann eine Doppelrolle übernimmt¹⁰, die ihm schon durch die Technisierung und Rationalisierung des Haushalts erleichtert wird. Daß außerdem höhere berufliche Qualifikationen und stärkeres berufliches Engagement vorausgesetzt sind, dafür spricht die Tatsache, daß der Typ der „familienzugehörigen Berufsfrau“ (E. Pfeil) sich am häufigsten unter freiberuflichen und akademisch gebildeten Frauen findet¹¹. In dieser Gruppe von Frauen ist allerdings auch der Typ der „familienentfremdeten Berufsfrau“ vertreten.

2.2 Ungeachtet dieser hier skizzierten Pluralität hält sich im gesellschaftlichen Bewußtsein das alte Rollenbild von

Mann und Frau — damit aber auch vorzugsweise das erstgenannte Familienmodell¹². Zur Begründung greift man auf ein nicht näher bestimmtes „Wesen“ von Mann und Frau, auf körperlich bedingte oder psychische Unterschiede zurück; wenn man es nicht überhaupt vorzieht, einfach der „bewährten“ Rollenverteilung das Wort zu reden, weil sonst Ehe und Familie von der Auflösung bedroht seien. Gestützt wird diese Einstellung, indem man einseitig auf die sich aus der Doppelrolle der Frau ergebenden Belastungen und Rückwirkungen auf die Familie hinweist, insbesondere auf die Erziehungsprobleme. Es fehlt hier nicht nur an Einsicht in geschichtlich-kulturelle Bedingtheiten der Familienmodelle, sondern auch in die heute gewandelten Beziehungen von Mann und Frau in allen Bereichen der Welt. Nachdem lange Zeit vom Rollenwandel und von der Doppelrolle der Frau die Rede war, beziehen neuere Untersuchungen¹³ auch die „Doppelrolle“ des Mannes ein, weil man erkennt, daß seine Aufgabe in der Familie nicht auf die des „Ernährers“ beschränkt werden kann, sondern grundsätzlich erweitert werden muß. Insgesamt bietet das partnerschaftliche Familienmodell eine Vielzahl positiver Ansätze hinsichtlich der gemeinsamen kulturellen, geistigen und religiösen Gestaltung des Familienlebens in Alltag und Freizeit, der gemeinsamen Verantwortung für die wirtschaftliche Existenz der Familie wie für die Erziehung der Kinder, endlich auch hinsichtlich der wechselseitigen praktisch-geistigen Hilfe¹⁴.

2.3 Eine besondere Problematik ergibt sich aus der Tatsache, daß in der jüngeren Generation die frühe Partnerbindung zunimmt, die teilweise schon bald zur Ehe (Frühehe) und Familiengründung führt, wobei materielle und äußere Beweggründe hinter den Forderungen nach Vertrauen und Verstehen zurücktreten. Wenn sich daraus erhöhte Belastungen der Ehepartner wie der Kinder ergeben (ungenügende wirtschaftliche Sicherung, beengte Wohnverhältnisse, unzureichende Erziehungsfähigkeit) — Belastungen, die zu einer überhöhten Scheidungsquote¹⁵ beitragen —, so deshalb, weil Jungen wie Mädchen weder praktisch noch menschlich, noch geistig auf Ehe und Familie vorbereitet worden sind.

3.0 Die *Gesellschaft* steht ebenfalls in einem Umwandlungsprozeß. Denn seit dem Übergang von der vor- und frühindustriellen Zeit zum technisch-industriellen Zeitalter haben sich nicht nur die Lebensbedingungen, sondern mit ihnen auch die Aufgaben und Rollen von Mann und Frau sowie die an beide Geschlechter gestellten Anforderungen verändert. Prinzipiell sollen nicht mehr Geburt oder Stand, nicht die Zugehörigkeit zu einer Klasse oder einem Geschlecht die Stellung des einzelnen in der Gesellschaft bestimmen, sondern seine Leistung. Damit müßte auch das traditionelle Rollenschema „männlich“ — „weiblich“ im gleichen Maße an Bedeutung verlieren, in dem sich die „Männer“-Gesellschaft der Vergangenheit zur „partnerschaftlichen“ Gesellschaft der Zukunft entwickelt und die Anforderungen an Mann und Frau sich immer stärker angleichen. Dieser Entwicklung hat das Grundgesetz Rechnung getragen, als es die uneingeschränkte Bestimmung „Männer und Frauen sind gleichberechtigt“ (Art. 3 Abs. 2) unter die Grundrechte aufnahm. Allerdings besteht immer noch eine Kluft zwischen dieser Rechtsnorm und der gesellschaftlichen Wirklichkeit.

3.1 Daß auch das gesellschaftliche Bewußtsein weiter Bevölkerungskreise hinter den veränderten und sich ändernden

den Realitäten unseres gesellschaftlichen Lebens zurückbleibt (cultural lag), hängt aufs engste mit noch wirkenden Leitvorstellungen vom „Wesen“ des Mannes und der Frau zusammen. Es halten sich weiterhin die alten Klischees, obschon die über den biologischen Bereich hinausgehenden Unterschiede in Begabungs- und Leistungsstruktur sich in der empirischen Forschung weniger als signifikant „geschlechtsspezifische“, vielmehr als „individuelle“ Unterschiede herausstellen und obwohl der verwendete Begriff „Wesen“ wissenschaftlich nicht verifiziert werden kann¹⁶.

Zur Erhaltung dieses Zustandes tragen die Massenmedien durch Auswahl und Behandlung ihres Stoffangebots entscheidend bei. Vor allem im Unterhaltungsangebot und in vorgeblich „aufklärenden“ Dokumentationen werden diese Klischees unentwegt als noch gültige vorgestellt.

3.2 Unter diesen Voraussetzungen wird einmal die weitere Ausprägung partnerschaftlicher Strukturen in der Gesellschaft verzögert; Lippenbekenntnisse zugunsten neuer Rollenvorstellungen vertuschen häufig, daß de facto keine Veränderung der traditionellen Leitbilder gewollt wird. Das Engagement der Frau in der Gesellschaft — mit Ausnahme des sozialen und sozial-pflegerischen Bereichs — stößt immer noch auf Widerstand, besonders auf höherer Qualifikationsebene. Zum anderen wird damit eine Zwiespältigkeit im Selbstverständnis der Frau gefördert: einerseits bejaht sie noch vielfach die alten Leitbilder, andererseits hält sie die partnerschaftliche Zusammenarbeit in allen gesellschaftlichen Bereichen für selbstverständlich, obwohl sie zu wenig auf die damit verbundenen neuen Anforderungen, Belastungen und Verpflichtungen vorbereitet wird¹⁷.

3.3 Ein aufschlußreiches Beispiel für die gegenwärtige Stellung der Frau in der Gesellschaft liefert der politische Bereich. Zwar sind 54,7% der Wahlberechtigten und 53,8% der Wähler Frauen, aber ihr Anteil an den Parteimitgliedern erreicht, je nach Partei und Landesverband, höchstens 29,4% (SPD, Berlin). Von den Abgeordneten des Bundestages sind 7,1%, von den Abgeordneten aller elf Länderparlamente 6,9% Frauen — in beiden Fällen ist die Tendenz rückläufig gegenüber der dritten Wahlperiode des Bundestages (1957—1961) mit einem Anteil von 9,2% bzw. gegenüber dem Zeitabschnitt von 1948 bis 1952, in dem 8% aller Landtagsabgeordneten Frauen waren. Nach einer Hochrechnung aus dem Jahre 1965 betrug der Anteil der Frauen in den Gemeindevertretungen 5,4%¹⁸.

Aufgaben für die Schule

4.0 Die pädagogische Aufgabe, Jungen und Mädchen auf die Anforderungen dieser veränderten Welt vorzubereiten, kann und sollte sowohl in eigenständigen Jungen- bzw. Mädchenschulen als auch in Koedukationsschulen erfüllt werden. Dabei ist das Prinzip der Regelschule zugunsten der Angebotsschule aufzugeben und die Wahl der Organisationsform der verantwortlichen Entscheidung der Eltern zu überlassen. Um eine erziehungswissenschaftlich gesicherte Vergleichsbasis zu gewinnen, sind Modellschulen der drei Formen zu entwickeln, in denen neue pädagogische, didaktische und methodische Wege erprobt und Erfahrungen gesammelt werden. Die Ergebnisse sind von einer wissenschaftlichen Begleitkontrolle auszuwerten und für die pädagogische Theorie und Praxis nutzbar zu machen.

Besondere Beachtung verdienen dabei die spezifischen Schwierigkeiten der eigenständigen wie der koedukativen Erziehung: während die eigenständige Erziehung nur begrenzte Möglichkeiten bietet, Gefühls-, Denk- und Handlungsweisen des anderen Geschlechts kennenzulernen, entsprechende realistische Verstehensformen zu entwickeln und partnerschaftliche Verhaltensweisen einzuüben, besteht bei der koedukativen Erziehung wegen des unterschiedlichen Reifungs- und Entwicklungstempos, wegen der unterschiedlichen Interessen- und Motivationslage die Gefahr der Über- bzw. Unterforderung oder einer zu geringen Aktivierung und Intensivierung der Anlagen und Fähigkeiten. Zu den unabdingbaren organisatorischen Voraussetzungen dieser Modelle gehört, daß Koedukationsschulen ein zahlenmäßig ausgewogenes Verhältnis der Geschlechter bei Schülern wie Lehrern aufweisen, die Schulleitung geeigneten Frauen wie geeigneten Männern übertragen wird und eigenständige Schulen ein gemischtes Lehrerkollegium haben. Es ist Planungsaufgabe der Länder, diese Organisationsformen in günstiger Streuung zu verwirklichen¹⁹.

Unabhängig davon ist zu fordern, daß die bestehenden weiterführenden Schulen der gemeinsamen Aufgabe hinreichend nachkommen, Jungen und Mädchen auf die Anforderungen unserer Gegenwart und Zukunft vorzubereiten.

4.1 *Hinsichtlich der Berufswelt* bedeutet das eine Erziehung zu ständiger Lern- und Leistungsbereitschaft, zur Durchsetzungsfähigkeit und Arbeitsdisziplin, zur Sachlichkeit und Verantwortlichkeit, zur selbständigen Eigenarbeit und zur Zusammenarbeit. Diese Ziele gelten — unbeschadet des unterschiedlichen Anspruchsniveaus der weiterführenden Schulen — für die Jungen- und für die Mädchenerziehung. Bisher wird nur zu häufig die „sachliche“ Leistung den Jungen, die „emotionalisierte“ Leistung den Mädchen zugeordnet. Gilt die sachliche Leistungsforderung als „unweiblich“, dann wird hier schon die typische Konfliktlage der berufstätigen Frau grundgelegt.

Ähnliches gilt für den materialen Aspekt der Hinführung zur Arbeits- und Berufswelt. *Beiden* Geschlechtern ist eine Orientierung zu bieten, die ihre Schwerpunkte je nach der Schulart in den verschiedenen Berufsbereichen hat; darin eingeschlossen ist die Vermittlung eines der Wirklichkeit entsprechenden, grundlegenden Wissens von den Strukturen, Inhalten und Anforderungen der Arbeits- und Wirtschaftswelt sowie von den Berufsmöglichkeiten. Ob dafür *ein* Unterrichtsfach ausreicht — wie die der Hauptschule zugewiesene „Arbeits- und Wirtschaftslehre“, deren Inhalte und Formen in der Diskussion umstritten, deren Didaktik und Methodik noch nicht erarbeitet sind —, muß bezweifelt werden; zumindest solange in den übrigen Fächern die Berufswelt gar nicht, unrealistisch verengt oder mit Geschlechterstereotypen gekoppelt auftaucht. Berufsorientierende Vorträge von Fachleuten, Betriebserkundungen und — wo die sachlichen und methodisch-didaktischen Voraussetzungen gegeben sind — Betriebspraktika können die schulische Arbeit sinnvoll erweitern und ergänzen. Zudem eröffnet eine Differenzierung des Unterrichts (Kurs und Kern, Leistungs- und Neigungsgruppe, Pflicht- und Wahlfächer) Jungen und Mädchen die Möglichkeit, ihre von Anlage und Leistungsfähigkeit her zugänglichen Bereiche unabhängig von traditionellen geschlechtsspezifischen Zuordnungen kennenzulernen²⁰.

4.2 Da die *Familie* ein Aufgabenbereich für Mann und Frau ist, hat die Schule der traditionellen Ausschaltung des Mannes von Familienaufgaben entgegenzuwirken. Selbst wenn das Fächerangebot Hauswirtschaft, textiles Gestalten, Kochen usw. bevorzugt an Mädchen gerichtet ist, sind die Jungen hiervon nicht auszuschließen (Wahlfächer, Kurse); insbesondere darf dieses Angebot bei den Mädchen nicht auf Kosten der berufsorientierten Erziehung gehen. Mädchen und Jungen muß die „Familie im Wandel“ an Modellen gezeigt werden; besondere Beachtung verdienen dabei die neue Rollenverteilung („Doppelrolle“ von Frau und Mann), die gemeinsame Aufgabe der Familiengestaltung, die gemeinsame Verantwortung für die wirtschaftliche Existenz und für die Kindererziehung.

Obschon die eigentliche Familienerziehung und das Wirtschaftenlernen in den Aufgabenbereich der Erwachsenenbildung gehört, muß die Schule eine Grundorientierung bieten, fundamentale Kenntnisse und Techniken vermitteln, vor allem aber Formen der Begegnung, des Umgangs und der Auseinandersetzung mit dem andersgeschlechtlichen Mitmenschen einüben; die bei Mädchen übliche traditionelle, auf Einfühlung, Anpassung und Unterordnung ausgerichtete Familienerziehung ist durch eine Erziehung zur Partnerschaft zu ersetzen. Solche Familienerziehung kann weder einem Sonderfach zugewiesen noch zum Unterrichtsprinzip erklärt werden, sie ist vielmehr von verschiedenen Fächern her (Biologie, Leibeserziehung, Religion, Deutsch, Sozialkunde) zu leisten. Gegenwärtig sind die Ansätze zu einer solchen Erziehung noch sehr bescheiden, obgleich einige der in den betreffenden Stoffplänen genannten Themen Anknüpfungspunkte bieten. Entscheidend ist auch hier, daß die Hinführung zur Partnerschaft nicht durch tradierte Leitbilder und Rollenfixierungen beeinträchtigt oder unmöglich gemacht wird. Unbeschadet der für Jungen und Mädchen gemeinsamen Erziehungsziele sind spezielle, mit den biologischen Funktionen zusammenhängende Probleme in getrennten Gruppen zu behandeln.

Insgesamt sollten spätestens in den Abschlußklassen die Formen des freien Unterrichtsgesprächs, der Aussprache und der Diskussion bevorzugt werden.

4.3 Zur Bewährung in der *Gesellschaft* kann die Schule nur wirksam erziehen, indem sie durch theoretische Besinnung und anschauliche Erfahrung die komplizierten gesellschaftlichen, sozialen und politischen Strukturen sichtbar macht, die Sozialmentalitäten aufdeckt, die gängigen Stereotypen kritisch analysiert, Vorurteile als solche erkennen läßt und den Jugendlichen ein neues Bewußtsein ihrer späteren Rolle vermittelt.

Ein derart kritisches Bewußtsein zu wecken ist besonders gegenüber den Massenmedien geboten. Angesichts der Bedeutung dieser Medien kann sich die Schule nicht der Aufgabe entziehen, die Schüler zu einer entsprechenden kritischen Einstellung und zu einer sinnvoll motivierten Auswahl aus dem Angebot fähig zu machen.

Aus der Einsicht in die gesellschaftliche, soziale und politische Verantwortung sind Jungen und Mädchen gleichermaßen zum bewußten Engagement in unserer Gesellschaft zu erziehen²¹. Besondere Bedeutung verdienen dabei die Konsequenzen, die sich aus der Umwandlung der „Männergesellschaft“ in die „partnerschaftliche Gesellschaft“ ergeben: angesichts des Widerspruchs zwischen der Rechtsnorm der Gleichberechtigung von Mann und Frau und den noch wirksamen traditionellen Leitvorstellungen sind

Jungen und Mädchen nachdrücklich zur Partnerschaft zu erziehen; zudem sind ihnen die Zeitgebundenheit patriarchalisch-bürgerlicher Lebensform und die soziokulturelle Bedingtheit der Leitbilder bewußt zu machen. Vor allem die Mädchen müssen sowohl die vorurteilshaften Einstellungen, die zum spezifischen Rollenkonflikt der Frau führen, als auch die heute möglichen Lebensmodelle und deren unterschiedliche Konsequenzen kennenlernen, damit sie ermutigt werden, sich auf die neuen Anforderungen einzustellen und verantwortlich persönliche Lösungen zu suchen. Diese Erziehungsaufgabe kann die Schule nur erfüllen, wenn sie von den verschiedenen Fächern her (z. B. Sozial- oder Gemeinschaftskunde, Deutsch, Geschichte usw.) die Dimensionen des Gesellschaftlichen erschließt und den Jugendlichen auf der Oberstufe Formen selbständiger und verantwortlicher Arbeit anbietet. Zudem ist eine solche Erziehung nur glaubhaft, wenn die Schule in die Lage versetzt wird, selbst die Partnerschaft ernst zu nehmen (Besetzung der Kollegien, Schülermitverwaltung usw.)²².

Die Schule darf sich nicht durch den Einwand beirren lassen, sie könne und dürfe nicht gegen die Gesellschaft — verstanden als: gegen die „bewährte“ traditionelle Rollenverteilung — erziehen, wenn es nicht zu einem Kulturuntergang und Chaos oder zu einer Nivellierung kommen solle²³. Dieser Einwand übersieht nämlich, daß hier nicht gegen die Gesellschaft erzogen werden soll, sondern nur gegen die Restbestände überlieferter gesellschaftlicher Einstellungen. In kritischer Anknüpfung an den realen Wandlungsprozeß müssen Jungen und Mädchen auf die neuen Gegebenheiten unserer sich weiter entwickelnden Gesellschaft vorbereitet werden. Der Einwand übersieht außerdem, daß wirkliche Unterschiede der Geschlechter weder durch den Rollenwandel noch durch die Angleichung der Rollen von Mann und Frau gefährdet oder aufgehoben werden können.

Folgerungen für die Lehrerbildung

5.0 Die skizzierten Erziehungsaufgaben lassen sich nur verwirklichen, wenn die gesamte Lehrerausbildung in erhöhtem Maße auf die veränderten Anforderungen unserer Welt abgestellt wird und die Bereiche der Arbeits- und Berufswelt, der Familie und der Gesellschaft unter fachlichem wie didaktisch-methodischem Aspekt in die Ausbildung einbezogen werden. Das gleiche gilt besonders für das leider bisher noch unbestellte Feld der Medienpädagogik.

Um Verzögerungen zu vermeiden, ist gleichzeitig den schon tätigen Lehrern in Kursen, Tagungen usw. ein entsprechendes Angebot zur Weiterbildung zu machen. Mit bloßen organisatorischen oder Verwaltungsmaßnahmen läßt sich die hier geforderte Erziehung nicht sicherstellen. Die Einführung der „Arbeits- und Wirtschaftslehre“ bietet das beste Modell dafür, wie Reformen nicht eingeleitet werden dürfen: sie wird als Schwerpunktfach der Hauptschule angeordnet zu einer Zeit, in der weder die erziehungswissenschaftliche Diskussion über Inhalte, Aufgaben und Methoden noch die praktische Erprobung abgeschlossen sind²⁴, in der es an den meisten pädagogischen Hochschulen keinen Lehrstuhl und nur wenige Lehrbeauftragte für dieses Fach gibt — und in der die Lehrer (auch nach Erlaß der Richtlinien) weder fachlich noch didaktisch-methodisch vorbereitet sind. Dabei hätten die Auswirkungen eines solchen Verfahrens am Fall

der auf ähnliche Weise eingeführten „Gemeinschaftskunde“ (Staatsbürgerkunde, Politische Bildung) studiert werden können²⁵.

5.1 Über die Frage nach Möglichkeiten und Grenzen getrennter oder koedukativer Schulsysteme kann erst pädagogisch verantwortlich entschieden werden, wenn

1. die erziehungswissenschaftliche Diskussion (unter Einfluß empirischer Forschungsergebnisse) über die anstehenden didaktischen und methodischen Probleme zu einem wenigstens vorläufigen Abschluß gelangt ist;

2. das Diskussionsergebnis den für Schulversuche vorgesehenen Lehrern soweit vermittelt wurde, daß es zu einer praktischen Erprobung unter wissenschaftlicher Begleitskontrolle kommen kann;

3. die insgesamt gewonnenen theoretischen und praktischen Ergebnisse von der Lehrerausbildung bzw. -weiterbildung aufgenommen und weitergegeben worden sind.

Denn erst wenn die neuen Inhalte geklärt und die notwendigen Lehrer ausgebildet worden sind, können organisatorische Reformen sinnvoll durchgeführt werden. Dabei hat hier auch die Kirche die Chance, Modelle einer koedukativen wie einer neuen eigenständigen Erziehung zu entwickeln.

5.2 Die allgemeinen Erziehungsfragen, die mit der veränderten Stellung von Mann und Frau in Beruf, Familie und Gesellschaft zusammenhängen, sind bisher überhaupt nicht oder nur vereinzelt in die Lehrveranstaltungen der Pädagogischen Hochschulen aufgenommen worden. Die entscheidende Voraussetzung für eine pädagogisch wirksame und zeitgemäße Erziehung der Jungen und Mädchen, die kritische Analyse der in den Lehrern selbst noch wirksamen Geschlechterstereotypen und Rollenvorstellungen, ist zwar schon in die Forschung einbezogen (wegen der Auswirkung von Rollenerwartungen auf die Schüler), jedoch noch nicht in die Lehrerausbildung²⁶.

Angesichts unserer veränderten und sich weiter ändernden Welt können die Aufgaben der Schule und die Folgerungen für die Lehrerbildung nicht abschließend bestimmt werden (auch der vorgelegte Überblick über die augenblickliche Situation und die sich abzeichnenden Entwicklungsrichtungen versteht sich nur als Versuch). Zudem erweist sich die Arbeit der Schule solange als schwierig, als sie mit tatsächlichen Einflüssen des Elternhauses und der Miterzieher rechnen muß, die die Erreichung der hier angestrebten Ziele zumindest verzögern können. Da die Kinder noch vor Eintritt in die Schule häufig auf Modelle festgelegt werden, die vor allem die Mädchen benachteiligen, muß das Gesagte auch bei der Neukonzeption der Vorschulerziehung mitbedacht werden. Ebenso sind die Träger der Erwachsenenbildung, die Kirchen, die Verantwortlichen für Lehrbetriebe und Massenmedien, aufgefordert, durch eine Überprüfung in ihren Bereichen eine Lage zu schaffen, die die schulischen Bemühungen um eine richtige Jungen- und Mädchenerziehung fördert und nicht verhindert.

¹ Vgl. Bildung und Erziehung in katholischer Sicht. Grundsätze und Empfehlungen des Kulturbeirates des Zentralkomitees der deutschen Katholiken und des Katholischen Bildungsrates bei der Bischöflichen Hauptstelle für Schule und Erziehung, Köln 1969, S. 60 f. — ² Vgl. Bericht der Bundesregierung über die Situation der Frauen in Beruf, Familie und Gesellschaft, 14. Nov. 1966 (Deutscher Bundestag, Drucksache V/909), zitiert als Frauenenquete, Anhangtabelle Erwerbsarbeit 5. — ³ Frauenenquete, Anhangtabelle Erwerbsarbeit 8. — ⁴ Ebd., Anhangtabelle Erwerbsarbeit 7. — ⁵ Ebd., S. 78—81. — ⁶ Vgl. Bildung und Erziehung in katholischer Sicht, a. a. O. S. 61. — ⁷ Im Anschluß an die von E. Pfeil (Die Berufstätigkeit von Müttern,

Tübingen 1961) entwickelte und vom Bericht der Bundesregierung (a. a. O. S. 11) übernommene Typologie; vgl. dazu die kritischen Anmerkungen von *H.-R. Laurien* in der Sachverständigen-Anhörung vom 2. Oktober 1968 (Informationen für die Frau, 17, 1968, Nr. 10, S. 6); siehe auch Bericht der Bundesregierung über die Lage der Familien in der Bundesrepublik Deutschland, 25. Januar 1968 (Deutscher Bundestag, Drucksache V/2532), zit. als Familienbericht, S. 47–51. — ⁸ Vgl. u. a. *E.-R. Brunotte*, Vorurteile gegenüber Frauen, in: Das Vorurteil als Bildungsbarriere, Göttingen 1965, S. 260 f.; *E. Pfeil*, Das Bild der Frau in der empirisch-soziologischen Forschung der letzten Jahre, in: Soziale Welt, 14, 1963, S. 141 und 147. — ⁹ Siehe *E. Pfeil*, a. a. O. S. 141 und 143. — ¹⁰ Nachdem lange Zeit nur von der „Doppelrolle“ der Frau die Rede war (siehe das gleichnamige Buch von *A. Myrdal* und *V. Klein*), wird seit der großen skandinavischen Untersuchung von 1962 (Kvinnors Liv och Arbet; engl. The Changing Roles of Men and Women, London 1967) auch die Doppelrolle des Mannes in der Diskussion einbezogen; vgl. dazu das Vorwort von *A. Myrdal* zur engl. Ausgabe (dt. in: Informationen für die Frau, 17, 1968, Nr. 10, S. 20–23). — ¹¹ *E. Pfeil*, a. a. O. S. 152, kennzeichnet diese Entwicklung als „Revolution von oben“. — ¹² Ein entsprechender Vorwurf wurde der Frauenenquete in den Sachverständigen-Anhörungen vom 9. Mai und 2. Oktober 1968 gemacht (vgl. Informationen für die Frau, 17, 1968, Nr. 7/8, S. 14 und 28; Nr. 10, S. 6 und 9). Empirische Untersuchungen liegen für den Bereich der Hochschule vor (*H. Anger*, *H. Vetter*, *P. Schindler*), siehe Familienbericht, a. a. O. S. 49 f. — ¹³ Siehe die in Anm. 10 genannte skandinavische Untersuchung. — ¹⁴ Vgl. Familienbericht a. a. O. S. 47–49. — ¹⁵ Im Jahre 1961 waren von 10 000 Ehen am Ende des 10. Ehejahres 1338 Ehen geschieden, wenn das Heiratsalter von Mann und Frau unter 21 Jahren lag; waren beide Partner bei der Heirat zwischen 21 und 25 Jahre alt, so wurden im gleichen Zeitraum nur 621 Ehen geschieden (Frauenenquete, Anhangtabelle

Familie 26). — ¹⁶ Vgl. u. a. *F. Bittmann-W. Hartmann-H. Steinhilber*, Das Problem Koedukation, Münster 1966 (Münsterische Beiträge zu pädagogischen Zeitfragen, Heft 3). — ¹⁷ *E.-R. Brunotte*, a. a. O. S. 270 f., faßt die Konfliktlage zwischen Familie und Beruf — ähnliches gilt für den Konflikt Familie — Gesellschaft — so zusammen: „Was in dem einen Tätigkeitsbereich von einer Frau an Eigenschaften gefordert wird, widerspricht häufig dem Bild von der Frau im anderen Bereich; für die Ehefrau und Mutter gelten in der Familie oft die traditionellen Ideale wie Nachgeben, Sichunterordnen-, Verzichtenkönnen; im Beruf werden gegensätzliche Forderungen gestellt: Durchsetzung, Sachlichkeit, Unabhängigkeit, Selbständigkeit gelten als wichtige Voraussetzungen für eine erfolgreiche Arbeit.“ — ¹⁸ Frauenenquete a. a. O. S. 234–240; vgl. auch Die weiblichen Abgeordneten der Landtage (Stand: Juni 1968), in: Informationen für die Frau, 17, 1968, Nr. 7/8, S. 4–6. — ¹⁹ Ausschuß des Deutschen Philologenverbandes für gesellschafts- und bildungspolitische Fragen der Frau, Bildungs- und Ausbildungsfragen der Frau, München 1968, S. 12. — ²⁰ Vgl. u. a. *K. Stratmann*, Die Arbeitslehre, Köln 1968; *J. Muth*, Arbeits- und Wirtschaftslehre, Münster 1968 (Münsterische Beiträge zu pädagogischen Zeitfragen, Heft 15). — ²¹ Vgl. Familienbericht a. a. O. S. 83–85. — ²² Ausschuß des Deutschen Philologenverbandes . . . , Bildungs- und Ausbildungsfragen der Frau a. a. O. S. 9–13. — ²³ Vgl. die Kritik *E.-R. Brunottes* (a. a. O. S. 276) an den Äußerungen von *H. Schelsky*, *E. Michel* u. a. — ²⁴ Das bestätigt selbst *W. Klafki* in: Grundsätze, Bildungspläne, Richtlinien zur Neuordnung der Hauptschule in Nordrhein-Westfalen, Ratingen 1967, B 10/1. — ²⁵ Vgl. die Bilanz in: *E. Becker-S. Herkommer-J. Bergmann*, Erziehung zur Anpassung? Eine soziologische Untersuchung der politischen Bildung in den Schulen, 2. Auflage Schwalbach 1968. — ²⁶ So etwa bei *E. Höhn*, Der schlechte Schüler, München 1967, bes. S. 82–86 und 190–193 (geschlechtsspezifische Stereotypenbildung).

Problemberichte zum Zeitgeschehen

Was wollen die Priestergruppen?

Die Priesterkrise oder das, was man gemeinhin so nennt, die Aufeinanderfolge von Autoritätskonflikten innerhalb der Amtskirche, die wachsende Unsicherheit über die berufliche Rolle des Geistlichen in Kirche und Gesellschaft, das Unbehagen am sakramental-kultischen Vollzug, das subjektive Empfinden, außerhalb der Entwicklungsströme der Gesellschaft zu agieren, die besondere soziale und existenzielle Betroffenheit der Geistlichen von den vielen Spannungen des Übergangs in Liturgie, Lehre und Recht, beherrscht seit langem, spätestens seit dem Zweiten Vatikanum das institutionszugewandte kirchliche Gespräch. An unterschwelligem Protest, an Unmutsäußerungen über Unzulänglichkeiten der kirchlichen Verwaltung, über ungerechte Praktiken seitens der Amtsträger, an offenem Aufbegehren oder an Kritik hinter vorgehaltener Hand hatte es ebenfalls kaum noch gefehlt. Einen organisatorischen Ausdruck seitens der Betroffenen fand diese Kritik aber erst in jüngster Zeit seit dem Entstehen verschiedener Priestergruppen und -vereinigungen, die nach Abhilfe durch konkrete Aktionen drängen.

Ein weit verbreitetes Phänomen

Seit etwa anderthalb Jahren schießen solche Gruppen wie Pilze aus dem Boden. Es gibt sie in den europäischen Ländern, aber auch in Nordamerika (in den USA und im französisch sprechenden Teil Kanadas) und in einzelnen Ländern Lateinamerikas. Sie verfolgen oft recht *verschiedene Zwecke* und verkörpern im einzelnen auch *durchwegs gegensätzliche Tendenzen*. Die einen verfolgen vornehmlich Eigenziele, dienen nicht zuletzt auch der Wahrung beruflich-sozialer Interessen; die anderen zielen

stärker auf kirchliche Reformen oder suchen nach einem veränderten Standort der Kirche in der Gesellschaft. Es gibt verschiedene Festigkeitsgrade der Organisation: von einzelnen, zur Diskussion einer bestimmten Sachfrage oder eines bestimmten seelsorgerlichen Anliegens ad hoc gebildeten lockeren Gruppen, Versammlungen und „Kreisen“ auf diözesaner oder überdiözesaner Ebene über mehr oder weniger feste Gruppenkartelle bis zur Priestervereinigung auf nationaler Ebene, wie sie in Frankreich unter dem Titel „Échanges et Dialogue“ seit Beginn dieses Jahres bereits existiert (vgl. Herder-Korrespondenz ds. Jhg., S. 112 ff. und ds. Heft, S. 338) und in den USA von einzelnen Gruppen seit längerem angestrebt wird. Schwerpunkte scheinen sich gegenwärtig, außer in Deutschland (mit Parallelgründungen in Österreich), in Frankreich (mehr in Form einer spontanen Bewegung, die im Sommer 1968 mit der Gruppe „Forum“ in Lyon begann, sich dann vor allem im Gebiet in und um Paris fortsetzte und schließlich in der ebengenannten Bewegung auf nationaler Ebene gipfelte) und zunehmend auch in Belgien zu bilden (hier vor allem im flämischen Teil, wo sich auch holländische Ausläufer stärker auswirken, ohne daß es bisher zu einem ähnlichen reformerischen Zusammenspiel zwischen Bischöfen, Klerikern und Laien gekommen wäre). In Frankreich selbst kam inzwischen noch eine zweite Bewegung („Concertation“) dazu, die aber aus Geistlichen (mehrheitlich) und Laien besteht und die ihrerseits Querverbindungen zu Échanges et Dialogue aufweist (vgl. „La Croix“, 26. 4. 69). In den USA gibt es neben den mit den floating parishes zusammenarbeitenden Geistlichen Gruppen mit gewerkschaftsähnlichen Tendenzen und seit längerer Zeit auch eine „Priestly Association for